

Versammlung ohne Freiheit Von Polizeikesseln und Gesetzesentwürfen

Im schleswig-holsteinischen Landeshaus wird seit Mitte des Jahres 2012 über den Entwurf eines „Gesetzes zum Versammlungsrecht“ diskutiert. Auch Bewegungen, Initiativen, Organisationen, Vereine, Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen sind aufgefordert ihre Meinung zu diesem Entwurf zu äußern.

Das haben wir getan und uns eine Meinung gebildet. In unserer gemeinsamen Erklärung stellen wir fest: „Für uns ist die Versammlungsfreiheit ein Grundrecht eines jeden Menschen. Indem wir auf die Straße gehen, können wir Missstände anprangern und für ein gutes Leben für alle kämpfen. Wir alle nehmen regelmäßig an Versammlungen teil - im Rahmen von Arbeitskämpfen, im Kampf gegen Nazis und RassistInnen, gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte, im Widerstand gegen den Atomstaat, im Kampf für eine bessere Welt.“

Wir sind ein Bündnis aus verschiedenen Organisationen, Vereinen und Verbänden in Schleswig-Holstein. In unserer Erklärung sagen wir auch: „Wir werden auf vielfältige Art und Weise Protest und Widerstand gegen den Gesetzesentwurf zeigen. Wir kämpfen für unser Recht auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit – dieses Recht lassen wir uns nicht nehmen und auch nicht beschränken!“

Ein Teil unseres Widerstands ist die Information über das Gesetz und weshalb wir es ablehnen. Dazu führen verschiedene Organisationen des Bündnisses Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen durch. Die Frage des Rechts auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit steht dabei im Mittelpunkt.

Den Auftakt bildet eine gemeinsame Veranstaltung aller Bündnispartner*innen. Dann folgen die Veranstaltungen einzelner Organisationen aus dem Bündnis. Die Reihe wird ergänzt, den (vorläufigen) Abschluss bildet eine für den 14. Juni 2014 in Kiel geplante Demonstration.

Als Teil des Bündnisses gegen das Versammlungsgesetz führt die DKP im Rahmen der o.g. Reihe eine Veranstaltung durch. Dazu laden wir herzlich zur Teilnahme:

Gefahrengebiet Deutschland Vom Widerstand gegen die Notstandsgesetze bis zu den Versammlungsgesetzen

In den letzten Jahren werden die demokratischen Rechte immer weiter abgebaut. In den Zeiten der Krise soll verhindert werden, dass der Widerstand gegen die herrschende Politik im Interesse des Kapitals von Banken und Konzernen zu stark wird und weiter um sich greift. Dieser Umgang mit Demokratie, mit dem Recht auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit zieht sich durch die Geschichte des Landes. Wem nutzt die Einschränkung und der Abbau erkämpfter, auch bürgerlicher, demokratischer Rechte? Und wie können wir verhindern, dass dieser Zustand weiter vorangetrieben wird?

Der Referent war selbst Teil des Widerstands gegen die Notstandsgesetze 1968/69, ist heute Aktivist bei Stuttgart21 und hat Erfahrungen in vielen Bewegungen.

**Mittwoch, 2. April 2014 um 19.30 Uhr, Restaurant Legienhof, Kiel, Legienstr.
Referent: Dieter Keller, Stuttgart**

veranstaltet von: DKP Schleswig-Holstein